

THÜR. LANDTAG POST  
14.06.2019 07:18

1352112018



Thüringer  
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und  
Forsten  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Alfred-Hess-Str. 8  
99094 Erfurt

Telefon  
0361 262532 – 0

Telefax  
0361 26253-225

Internet  
www.tbv-erfurt.de

E-Mail  
tbv@tbv-erfurt.de

vorab per E-Mail: [poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

## Den Mitgliedern des

AfILF

Erfurt, 11. Juni 2019

### Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
**6/3105**

zu Drs. 6/6959

(mündlich Anzuhörender)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes am 5. Juni 2019 mündlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und ergänzend zu den einzelnen Paragraphen wie folgt schriftlich ausführen:

#### § 26 Jagdschein

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 14. März 2018 dargelegt, regt der TBV zu Absatz 6 an, die Entlastung von Hundeführern bei der Jagdscheingebühr zu berücksichtigen. Schwarzwildjagd ist ohne Hund extrem schwierig geworden, so dass eine finanzielle Entlastung zur Förderung von Hundeführern beitragen würde, was auch im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) hilfreich wäre.

Die Bedrohung der einheimischen Wild- und Hausschweinpopulation durch die ASP ist in den vergangenen Monaten weiter angestiegen. Zudem zeigen auch die aktuellen Ergebnisse der Schwarzwildbejagung ein weiterhin deutliches Wachstum der Schwarzwildpopulation in Thüringen. Nur mit einer Zunahme an gut ausgebildeten

Jagdhunden und motivierten Hundeführern kann dem weiteren Anstieg der Schwarzwildpopulation erfolgreich begegnet werden. Deshalb sollten alle möglichen Instrumente genutzt werden, um das Jagd hundewesen, insbesondere die Ausbildung, den Schutz und den Einsatz von brauchbaren Stöberhunden zu unterstützen. Eine ermäßigte Jagdscheingebühr halten wir aus diesem Grund nach wie vor für sinnvoll, administrierbar und notwendig.

### **§ 29 Sachliche Gebote und Verbote**

Ein generelles Verbot von Bleischrot wird abgelehnt. Der Einsatz von Bleischrot ist bereits heute in sensiblen Gebieten verboten und es bedarf aus unserer Sicht keiner weiteren Verschärfung dieser Regelungen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Prädatorenbejagung ist es eine Frage des Tierschutzes, ob auch weiterhin mit schweren Bleikugeln auf den Fuchs im Winterbalg geschossen werden darf, oder ob andere Munition verwendet werden muss, deren Tötungswirkung aufgrund der geringeren Dichte in Vergleich zu Blei nennenswert schwächer ist. Wir verweisen auf das Bundesjagdgesetz und plädieren dafür, einheitliche Regelungen in ganz Deutschland umzusetzen.

Der TBV begrüßt außerordentlich die aktuelle Formulierung zum Einsatz des Schalldämpfers. Mit der nunmehr gegebenen Möglichkeit des Einsatzes von Schalldämpfern für alle Jäger beim Schießen auf Wild mit Büchsenpatronen, deren Auftreffenergie auf 100 m (E 100) mehr als 1000 Joule beträgt (vgl. § 29 Absatz 3 Nr. 4) wurde dem Gleichbehandlungsgrundsatz Rechnung getragen.

Dem generellen Verbot von Totschlagfallen stehen wir ablehnend gegenüber; wenngleich wir anerkennen, dass der Einsatz von Totschlagfallen in gesellschaftlicher Kritik steht. Deshalb schlagen wir vor, sich bei Ge- und Verboten zur Fallenjagd an den seit 1. Mai 2019 gültigen § 29 a des Bayrischen Jagdgesetzes anzulehnen, der die Fallenjagd einschränkt, aber nicht gänzlich verbietet. Die in Bayern getroffenen Regelungen stellen unserer Meinung nach einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Sichtweisen zur Fallenjagd dar und finden unsere volle Unterstützung.

### **§ 32 Regelung der Bejagung**

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 14. März 2018 ausgeführt, sollten bei der Begehung der Jagdbezirke zur Aufstellung des Abschussplanes nicht nur die Schäden im Wald sondern auch die Schäden in der Feldflur Berücksichtigung finden. Für die Abschussplanung ist daher gesetzlich nach Abs. 1 Satz 3 ein weiterer Satz wie folgt aufzunehmen: „Zudem muss die Abschussplanung Wildschäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen angemessen berücksichtigen.“ Im Allgemeinen sollten die Flächennutzer bereits auf Jagdbezirksebene in die Erarbeitung der Abschussplanung mit einbezogen werden, insbesondere landwirtschaftliche Dauerkulturen (Grünland, Wein- und Obstbau, Kurzumtriebsplantagen etc.) sollten in die Begehung und die darauf basierende Anpassung der entsprechenden Abschusspläne einbezogen werden.

### **§ 33 Jagd- und Schonzeiten**

Die vorgeschlagene Möglichkeit zur Einschränkung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten in § 33 Abs. 1 Nr. 1 wird strikt abgelehnt. Die Beschränkung der Tierarten stellt einen erheblichen Eingriff in das Eigentumsrecht der Landeigentümer dar und führt zur Ungleichbehandlung verschiedener Landeigentümer innerhalb unseres Bundeslandes. Beides ist nicht hinnehmbar. Der TBV plädiert vielmehr dafür, eine vereinfachte Erweiterung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten zu ermöglichen. Dies betrifft insbesondere die Nilgans, den Höckerschwan und auch den Wolf. Hierzu möchten wir klarstellen, dass wir nicht fordern, diese Tierarten zu bejagen, vielmehr sind sie ganzjährig zu schonen. Im begründeten Einzelfall muss allerdings auch die Bejagung dieser Tierarten schnell und unbürokratisch ermöglicht werden können.

### **§ 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes**

Der TBV vertritt die Auffassung, dass auch in Zukunft insbesondere aus Gründen des Tierschutzes eine Fütterungspflicht in Notzeit erhalten bleiben muss. Auch im Hinblick auf Verbiss, Schäle und andere mögliche Wildschäden an land- und forstwirtschaftlichen Dauerkulturen ist an der bisherigen Regelung festzuhalten.

### **§ 45 Wildschäden**

Den vorgeschlagenen Änderungen wird zugestimmt. Der TBV erkennt an, dass es eine Mitwirkungspflicht insbesondere auch der Landwirte bei der Prävention von Wildschäden gibt. Jedoch möchten wir unter Verweis auf § 33 an dieser Stelle nochmals betonen, dass auch die Nilgans, der Höckerschwan und der Wolf unter das Jagdrecht zu stellen sind.

### **§ 50 Absatz 4**

Der TBV stimmt den Regelungen zur Zuständigkeit der obersten Jagdbehörde für die Eigenjagdbezirke der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirken zu. Wir widersprechen jedoch der formulierten Regelung in § 50 Absatz 4 Satz 2, sich in Bezug auf Maßnahmen zur Verhinderung übermäßigen Wildschadens nach § 27 Bundesjagdgesetz (BJG) in den im Nationalpark Hainich gelegenen Jagdbezirken mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium abstimmen zu müssen. Insbesondere beim Thema Schwarzwildbejagung in und um den Nationalpark Hainich ist die Zuständigkeit für Maßnahmen nach § 27 BJG ausschließlich bei dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium zu verorten!

Im Hinblick auf alle anderen nicht genannten Punkte schließt sich der TBV ausdrücklich der Stellungnahme des Landesjagdverbandes Thüringen e.V. an und verweist auf das gemeinsame Positionspapier der Jagd-, Wald- und Nutzerverbände.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin